

Immer eine Absicht

Nach dem Streit um das Sylter Hochbauprojekt „Atlantis“ attackiert der SPD-Landesverband nun einen neuen Bauherrn mit hohen Zielen: den Genossen und Lister Bürgermeister Horst-Günther Hisam.

Der Sylter Heimatverein „Söl'ring Forüning“ und die „Bürgerinitiative Appartement-Baustopp“ baten zum „fröhlichen Tanz“ in die gute Stube des Dünen-Eilands: Im Westerländer Kur-saal wurde der Tod von „Atlantis“ gefeiert.

Der unter diesem Namen von dem Stuttgarter Großbauunternehmer Hans Bense geplante 80 Meter hohe Ferien-Silo mit 700 Komfort-Appartements und 1300 Tiefgaragen darf auf Geheiß der Kieler Landesregierung nicht gebaut werden: Die „Bürgerinitiative“ hatte zum Aufstand gegen „inselfremde Finanzgruppen“ gerufen, die den Syltern ihre „Haupterwerbsquelle aus den Händen“ nähmen und Insulanern wie Gästen „Verkehrschaos, Überfüllung des Badestrandes, Lärmbelästigung“ sowie eine „untragbare Luftverschmutzung“ bescheren würden.

Doch kaum ist der Sieg begossen, müssen sich die Insel-Hüter gegen neue Syltbürgerstreiche zur Wehr setzen. Und diesmal soll es „Bodenspekulanten“ ans Geschäft gehen, „die mit unersetzlicher Naturlandschaft auf Kosten der Allgemeinheit brutalen Raubbau treiben“.

Der Westerländer Heilpraktiker Gerd P. Werner, Geschäftsführer der „Bür-



Lister Bürgermeister Hisam
Dachbrand im Sonnenland

gerhard Grzimek befürchtet die „Zersiedlung des international bedeutsamen Naturschutzgebietes Nordsylt“, und der „Deutsche Naturschutzring“ ahnt einen „zweiten Skandal von Sylt“.

Wehrbürger und Naturschützer zielen auf eine Sylter Amtsperson: Dr. jur. Horst-Günther Hisam, 51, Bürgermeister von List und Sozialdemokrat, Unternehmensberater sowie Geschäftsführer der Baugesellschaft „Sonnenland Dr. Hisam K. G.“.

Einst Mitarbeiter des Leiters der Harzburger „Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft“, des früheren SS-Oberführers und Himmler-Vertrauten Professor Reinhard Höhn, kam der Sonnenlandmann erst Anfang der 60er Jahre auf die Insel. Eingeborene Grundstückseigentümer aus dem am Nordende der Insel gelegenen List hatten damals gerade einen Vergleich mit den Behörden geschlossen: Als Entschädigung für im Zweiten Weltkrieg von deutschen Militärs enteigneten Grund und Boden hatten sie neben einer bescheidenen Bar-Summe die Erlaubnis erhalten, privates Gelände im naturgeschützten Sylter Norden für Bauzwecke zu veräußern.

Als Käufer des Baugrunds trat sogleich Dr. Hisam auf. Und so kommt es, daß heute in der einst menschenleeren Dünenlandschaft südlich von List auf rund 400 000 Quadratmetern 230 Pri-

vathäuser mit 300 Wohnungen stehen — vereint unter dem Stichwort „Sonnenland“, aufgeteilt in drei Siedlungen namens „Westerheide“, „Süderheide“ und „Mellhörn“.

Doch der Expansionstrieb des in Berlin geborenen Harzers, für den Sylt „immer mehr zum Vorort Hamburgs und von Rhein und Ruhr“ gerät, war damit nicht gebremst. Im Februar 1966 handelte er den Listland-Eigentümern weitere zirka 25 Hektar naturgeschützten Bodens ab — drei Wochen nachdem er einen Aufnahmeantrag bei der Lister CDU unterschrieben hatte (Sozialdemokrat Hisam: „Ich habe mich erst einmal bei allen Gruppen umgesehen“).

Auf dem neuen Gelände an der Blißel-Bucht, am Wattenmeer zwischen „Süderheide“ und „Mellhörn“, sollten weitere 70 Gebäude entstehen. Doch Anfang 1969 versagte die christdemokratisch geführte Landesregierung dem „Sonnenland“-Schöpfer für das Neuland die Bauerlaubnis, die ihm die Gemeinde List zuvor schon zugesichert hatte. Hisam-Spenden an die CDU halfen nichts.

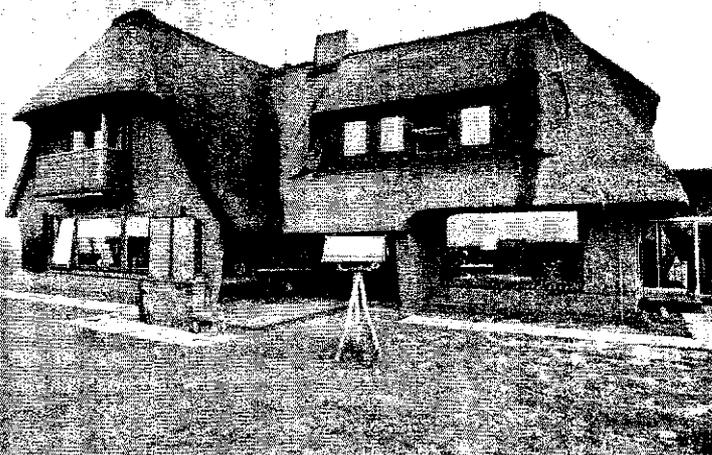
Im Winter 1969/70, als in der Bundesrepublik sozialliberaler Frühling anzubrechen schien, trat Hisam der SPD bei. Nach den Kommunalwahlen 1970 wurde er glatt zum Lister Bürgermeister gewählt. Und zehn Wochen später ging wegen „vielfachen Bedarfs“ ein neuer Bebauungsplan für das Hisam-Gelände in der Blißel-Bucht von der Gemeinde List an die Aufsichtsbehörden.

Jedoch, von Protesten Lister Bürger gegen die „profitgierigen Bestrebungen der Baugesellschaft der Sonnenland-Projekte“ erschreckt, lehnte die Regierung wiederum ab; Bauunternehmer Hisam mußte die bereits an der Blißel-Bucht gepflanzten Bauschilder wieder abmontieren und drohte dem Bürgermeister Hisam nun mit Konsequenzen: Er verlangte an die Gemeinde gezahlte Ansiedlungsleistungen in Höhe von 251 000 Mark zuzüglich 4½ Prozent Zinsen über dem Diskontsatz der Bundesbank zurück, falls die Gemeinde die Kieler Behörden nicht doch noch zu einer Baugenehmigung bewege.

In der Sache ist bislang nicht entschieden, doch Hisams gestauchtes Renommee wurde unterdessen leicht geliftet. Vermittelt von Westerlands Kurdirektor Hans Petersen (SPD), verbrachte Kanzler Willy Brandt seinen Urlaub im Juli/August 1971 in Hisams Privatherberge — hoch oben auf der schönsten Düne der Siedlung „Mellhörn“.

Warnungen des SPD-Landesverbandes, der rechtzeitig Material über den millionenschweren Genossen nach Bonn geschickt hatte, waren zuvor vom Brandt-Büro unter Hinweis auf die „bereits vollzogenen Abschlüsse und die Ferienplatznot“ abgetan worden.

Als der Sommer vorüber war, startete der SPD-Landesvorstand gleichwohl ein



Lister Hisam-Villa: Warnung für den Kanzler

gerinitiative“ und Vorstandsmitglied der „Arbeitsgemeinschaft Jungsozialisten Insel Sylt“, hat „Grundstückshyänen mit unerschöpflichem Investitionskapital und mannigfachen Steuervergünstigungen“ ausgemacht. Bonns Naturschutz-Kommissar Professor Bern-

Untersuchungsverfahren gegen den Kanzler-Gastgeber. Eine Drei-Mann-Parteikommission prüft seither, „ob die Umstände der Beteiligung von SPD-Mitgliedern“ an Sylter Großbauprojekten „zu einem Parteiordnungsverfahren führen können“. Und Horst-Günther Hisam lieferte den Kommissaren inzwischen neues Material.

Mitte der 60er Jahre hatte er von der Bundesvermögensverwaltung eine Jugendherbergs-Ruine am Rande der Siedlung „Süderheide“ erwerben wollen. Das Jugendheim war 1964 abgebrannt und dem Haushändler Hisam seitdem zuwider: „Das war eine Negativ-Reklame für mich, weil die Leute denken mußten, daß jedes Reetdach-Haus so schnell abbrennt.“

Der „Sonnenland“-Chef, in dessen „Süderheide“-Kolonie erst vor wenigen Wochen wieder ein Reetdach-Haus den Flammen anheimfiel, bot dem Staat für das 26 000 Quadratmeter große Ruinengrundstück 200 000 Mark. Doch die Bundesvermögensstelle wollte das Stück Land weiter für soziale Zwecke verwendet wissen und verkaufte es deshalb Ende 1967 für 150 000 Mark an das Deutsche Rote Kreuz.

Der Kieler DRK-Landesverband, der auf dem Gelände ein Kurheim plante, erfuhr freilich vom schleswig-holsteinischen Innenminister Anfang März 1968: „Jede weitere Bauabsicht in diesem Gebiet“ müsse „im Hinblick auf den verbindlichen Regionalbezirksplan abgelehnt werden. Auch eine ausnahmsweise Nutzung des Baugeländes für Ihre Zwecke“ scheidet „an landschaftlich so hervorragender Stelle“ aus.

DRK-Landesgeschäftsführer Erich Klamka erinnert sich: „Wir wollten das für uns somit nutzlose Grundstück an den Bund zurückverkaufen, aber der wollte nicht. Da bot sich Dr. Hisam als Käufer an.“

Und seltsam: Mit einer Bauzusage vom Kreis und vom Land ist die Hisam K.G. inzwischen dabei, auf dem einstigen Rotkreuz-Grundstück (DRK-Verkaufspreis: rund 165 000 Mark) eine Grube auszuheben — zwecks Errichtung eines Appartement-Hauses mit 22 Wohnungen für zusammen drei Millionen Mark. „Ich komme mit der CDU viel besser zurecht als mit der SPD“, gesteht der Lister Bürgermeister.

In Schleswig baut der List-Reiche zur Zeit ein Ferien- und Freizeitzentrum mit einem 29stöckigen, 85 Meter hohen, von Schleiwasser umspülten Wohnturm — ähnlich dem, den er „später“ auch auf einer Sandbank vor dem Lister Hafen hochziehen will. Hisam: „Das wird kommen — in fünf oder zehn Jahren.“

Unkt der parteilose Bürgermeister Bleicke Bleicken aus der zwischen List und Westerland gelegenen Gemeinde Kampen, der in seinen Grenzen keinen Hochbau duldet: „Ich sage immer: Hütet euch in der SPD vor Millionären, die verfolgen immer eine Absicht.“

Kollege Hisam schert so etwas nicht. „Selbst wenn ich eine Million daran verdienen würde“, sagt er zu seiner Rotkreuz-Transaktion, „wen ginge das etwas an?“

DDR

Praktisch geschenkt

In einem neuen Sozialprogramm — höhere Renten, niedrigere Mieten — fördert Ost-Berlin auch das Kinderkriegen. Denn seit in der DDR Schwangerschaftsabbruch legal ist, fürchtet der Staat um Nachwuchs.

Direktor Manfred Bode, Chef der Ost-Berliner Weinstuben an der Rathausstraße, ließ einen Schoppen vom Besten kredenzen. Direktorin Gisela Deutsch vom Bowling-Zentrum



SED-Chef Honecker (r.)
„Ich komme hier wieder vorbei“

gleich nebenan lud zu Wernesgrüner Pilsner.

Arbeiter Tietz vom Transformatorwerk „Karl Liebknecht“ bat zu einer Tasse Kaffee, und auf den Gesichtern der Passanten draußen auf den Straßen spiegelten sich, so notierte „Neues Deutschland“, „Verblüffung, Freude und herzliche Verbundenheit“.

Getränke wie Gedränge galten einem seltenen Gast: Zum erstenmal seit seinem Amtsantritt als Chef der ostdeutschen Staatspartei vor einem Jahr mischte sich Erich Honecker, Vorarbeiter der SED-Republik, unters Volk der DDR-Hauptstadt. Er besichtigte, am 10. Mai, das Köpenicker Neubaugebiet „Amtsfeld“, hielt Einkehr bei Familie Bitterhof in der Müggelschloßchenstraße 22 („Solche Wohnbedingungen wünschten wir uns für alle Berliner“), warf eine Münze in den Neptunbrunnen beim Alexanderplatz („Ich komme hier nächstens wieder vorbei“) und ließ sich, bei Beginn seines Bau-

bummels, von Obermeister Rudi Kliesche einen Schutzhelm verpassen: „Sonst kannst du nicht auf die Baustelle, Genosse Honecker.“

So „unkonventionell, humorgeladen“ („Neues Deutschland“) ging es überall zu, wo sich der Erste Sekretär an diesem Tage blicken ließ. Jugend-Brigadier Ulrich Tönhardt gar umarmte seinen Parteiführer, der dann auch, nun sichtlich ergriffen, im Namen des Politbüros versprach: „Auf uns könnt ihr euch immer verlassen. Wir machen stets Politik im Interesse der Arbeiterklasse.“

Und in der Tat haben die Einheitssozialisten gerade derzeit etwas vorzuweisen, das den Worten des Vorsitzenden Gewicht verleiht: Ende April, 14 Tage vor dem Honecker-Stadtbummel, verfügten Parteiführung, Gewerkschaftsbund und Ministerrat neue sozialpolitische Leistungen für das DDR-Volk — höhere Renten, niedrigere Mieten und ansehnliche Familienbeihilfen.

All diese Benefizien sind Teil des Sozialprogramms, das der VIII. SED-Parteitag vor einem Jahr zur „Hauptaufgabe“ erklärt hatte und das den ostdeutschen Bürgern mittlerweile schon Vergünstigungen wie höhere Mindestlöhne, Aussicht auf Eigenheime und Stopp der Konsumgüter-Preise eingebracht hat.

Jetzt endlich, mit der April-Verordnung, sollen auch die bislang kurzgehaltenen 3,4 Millionen Rentner und Sozialhilfe-Empfänger der DDR bedacht werden. Vor allem die bislang wie ihre Altersgefährten im Westen am Rande des Existenzminimums lebenden Empfänger der Mindestsätze erhalten nun staatliches Zubrot: Die Sozialversicherung beim Bundesvorstand des FDGB zahlt vom 1. September an statt 170 maximal 240 Mark Mindestrente; die Unterstützungssätze der Sozialfürsorge werden von 120 auf 175 Mark angehoben.

Um die Neubau-Mieten für Normalverbraucher zu ermäßigen, will die Staatspartei ebenfalls erhebliche Subventionen bereitstellen. Familien mit einem Durchschnitts-Monatsverdienst von nicht mehr als 2000 Mark sollen vom 1. Juli an in Ost-Berlin nicht mehr als 1,25 Mark, in den übrigen Bezirken nicht mehr als 90 Pfennig je Quadratmeter Wohnraum bezahlen müssen. Für Mehrverdiener bleiben die bisher gültigen, in Ost-Berlin beispielsweise um rund 50 Prozent höheren Preise bestehen. Außerdem verfügte der Ministerrat, daß künftig mehr als bisher Produktionsarbeiter mit Neubauwohnungen bedacht werden sollen.

Besonders großzügig aber zeigte sich die Partei gegenüber jungen Eheleuten und berufstätigen Müttern: So sollen Frauen mit mindestens drei Kindern von der Jahresmitte an statt 43 $\frac{3}{4}$ nur noch 40 Wochenstunden arbeiten — bei gleichem Lohn und mehr Urlaub (21 statt 15 Tage); die Zeit bezahlter Frei-